



## Niederschrift 72. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 14.02.2018  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:13 Uhr  
**Ort, Raum:** R. 280 a, Stadthaus

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzende

|                      |               |  |
|----------------------|---------------|--|
| Herr Matthias Finken | CDU/ANW       | Sitzungsleitung  |
| Herr Burkhard Exner  | Bürgermeister | Vertretung für Herrn Jann<br>Jakobs, Oberbürgermeister |

#### Ausschussmitglieder

|                        |                       |                        |
|------------------------|-----------------------|------------------------|
| Herr Arndt Sändig      | DIE aNDERE            | Teilnahme ab 17:04 Uhr |
| Frau Birgit Müller     | DIE LINKE             |                        |
| Frau Dr. Sigrid Müller | DIE LINKE             |                        |
| Herr David Kolesnyk    | SPD                   |                        |
| Herr Peter Schultheiß  | SPD                   |                        |
| Herr Günter Anger      | CDU/ANW               |                        |
| Herr Matthias Finken   | CDU/ANW               |                        |
| Herr Horst Heinzl      | CDU/ANW               |                        |
| Frau Janny Armbruster  | Bündnis 90/Die Grünen |                        |
| Herr Peter Schüler     | Bündnis 90/Die Grünen |                        |

#### stellv. Ausschussmitglieder

|                           |                   |
|---------------------------|-------------------|
| Herr Klaus-Peter Kaminski | DIE LINKE         |
| Frau Jana Schulze         | DIE LINKE         |
| Herr Uwe Adler            | SPD               |
| Herr Claus Wartenberg     | SPD               |
| Frau Irene Kamenz         | Bürgerbündnis-FDP |

### Nicht anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

|                  |                   |              |
|------------------|-------------------|--------------|
| Herr Jann Jakobs | Oberbürgermeister | entschuldigt |
|------------------|-------------------|--------------|

#### Ausschussmitglieder

|                                   |           |              |
|-----------------------------------|-----------|--------------|
| Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg | DIE LINKE | entschuldigt |
|-----------------------------------|-----------|--------------|

|                             |                   |                    |
|-----------------------------|-------------------|--------------------|
| Frau Dr. Karin Schröter     | DIE LINKE         | entschuldigt       |
| Herr Pete Heuer             | SPD               | entschuldigt       |
| Frau Anke Michalske-Acioglu | SPD               | entschuldigt       |
| Herr Kai Weber              | SPD               | entschuldigt       |
| Herr Wolfhard Kirsch        | Bürgerbündnis-FDP | entschuldigt       |
| Herr Dennis Hohloch         | AfD               | nicht entschuldigt |

**Schriftführer:**

Herr Martin Mehlis, Büro der Stadtverordnetenversammlung

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
10.01.2018 sowie vom 24.01.2018
  
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 3.1 Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt Potsdam 2018
    - 3.1.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",  
Nummer 12: Modellversuch: 1 Euro für 30-Minuten-Ticket im öffentlichen  
Nahverkehr in Potsdam  
Vorlage: 17/SVV/0833  
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
    - 3.1.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",  
Nummer 9: Start-Förderung für neues Tierheim in Potsdam bereitstellen  
Vorlage: 17/SVV/0827  
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
    - 3.1.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",  
Nummer 6: Mietpreisbremse und Maßnahmen für sozialverträgliches Wohnen  
finanzieren  
Vorlage: 17/SVV/0824  
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
  - 3.2 Haushaltssatzung 2018/2019
    - 3.2.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre  
2018/2019  
Vorlage: 17/SVV/0951  
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung

- 3.2.2      Zukunftsprogramm 2022  
Vorlage: 17/SVV/0953  
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
  
- 3.2.3      Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018  
Vorlage: 17/SVV/0952  
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service
  
- 4            Mitteilungen der Verwaltung
  
- 4.1        Haushaltsbegleitender Beschluss H 11 zum Haushaltsplan 2017 - Anpassung  
des Budgets der WerkStadt für Beteiligung  
Vorlage: 18/SVV/0045  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
  
- 4.2        Umsetzung Open Data-Portal  
Vorlage: 18/SVV/0047  
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
  
- 4.3        Sozialer Wohnungsbau  
Vorlage: 18/SVV/0081  
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
  
- 4.4        Untersuchungen Korruptionsverdacht  
Oberbürgermeister (mit Feststellung der TO ergänzt)
  
- 5            Sonstiges

### **Nicht öffentlicher Teil**

- 6            Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über  
eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils  
der Sitzung vom 10.01.2018 sowie vom 24.01.2018
  
- 7            Sonstiges

### **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1        Eröffnung der Sitzung**

Herr Finken eröffnet in Vertretung des Oberbürgermeisters die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.01.2018 sowie vom 24.01.2018**

Herr Finken stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

**Ergänzungen:**

- Unter 5., **Sonstiges**, soll über das Thema **Gemeinschaftsunterkunft Brauhausberg** berichtet werden.
- Unter 4., **Mitteilungen der Verwaltung**, soll der **Tagesordnungspunkt 4.4, Untersuchungen Korruptionsverdacht**, ergänzt werden.

Gegen diese Änderungen in der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 70. Sitzung des Hauptausschusses vom 10.01.2018 wird mit Stimmenmehrheit, bei 4 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 71. Sitzung des Hauptausschusses vom 24.01.2018 wird mit Stimmenmehrheit, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

**zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 3.1 Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt Potsdam 2018**

**zu 3.1.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 12: Modellversuch: 1 Euro für 30-Minuten-Ticket im öffentlichen Nahverkehr in Potsdam**

**Vorlage: 17/SVV/0833**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, weist darauf hin, dass der Ausschuss für Finanzen empfohlen hat, den in dem Antrag geforderten Modellversuch im Rahmen der AG Bürgerticket prüfen zu lassen. Er verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Diskussion bezüglich des Kurzstreckentickets. Weiter schließt er sich dem Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr an und plädiert für eine Ablehnung des Antrags.

Herr Finken ergänzt und stellt den geänderten Beschlussvorschlag aus dem Ausschuss für Finanzen im Detail dar:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~im Rahmen eines dreimonatigen Modellversuchs, die in der Arbeitsgruppe Bürgerticket (vgl. 17/SVV/0612)~~ **einen dreimonatigen Modellversuch zur Einführung eines 30-Minuten-Tickets***

*für den Preis von einem Euro im öffentlichen Nahverkehr zu prüfen.*

Frau Dr. Müller sagt, dass eine Prüfung des Modellversuchs in der AG Bürgerticket keinen Sinn mache. Der Modellversuch müsse anders angebunden werden und eine Beschränkung der Behandlung lediglich in der AG sei nicht sinnvoll.

Herr Heinzel weist darauf hin, dass der Ausschuss für Finanzen den geänderten Antrag einstimmig beschlossen habe. Die Änderungen sollten deshalb auch vom Hauptausschuss übernommen werden.

Frau Müller betont, dass die AG Bürgerticket erst einmal getagt habe. Sie fragt, wann die AG das nächste Mal tagen wird. Herr Schüler antwortet, dass der nächste Termin Anfang März sei. Geplant sei, dass sich die AG vierteljährlich treffe. Der Modellversuch solle aus seiner Sicht in der AG behandelt werden. Auch die Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH sei Mitglied der AG Bürgerticket.

Frau Armbruster weist auf die aktuelle bundespolitische Diskussion bezüglich eines kostenfreien Öffentlichen Personennahverkehrs hin. Die Landeshauptstadt Potsdam solle sich hier frühzeitig um eventuelle Mittel bewerben.

Herr Exner, Beigeordneter für Zentrale Steuerung und Finanzen, betont noch einmal, dass der Ausschuss für Finanzen empfiehlt, den Modellversuch im Rahmen der AG Bürgerticket zu prüfen. Der Hauptausschuss sollte dem Votum des Ausschusses für Finanzen folgen. Andernfalls müsse der Antrag abgelehnt werden.

Frau Schulze sagt, dass der Antrag auch ursprünglich bereits als Prüfauftrag formuliert gewesen wäre. Der Oberbürgermeister solle den Modellversuch prüfen, nicht die AG.

Herr Finken fasst die Diskussion noch einmal zusammen und stellt den Antrag anschließend in der geänderten Fassung des Ausschusses für Finanzen zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~im Rahmen eines dreimonatigen Modellversuchs,~~ **die in der Arbeitsgruppe Bürgerticket (vgl. 17/SVV/0612) einen dreimonatigen Modellversuch zur Einführung eines 30-Minuten-Tickets für den Preis von einem Euro im öffentlichen Nahverkehr zu prüfen.**

**Abstimmungsergebnis:**  
mit Stimmenmehrheit angenommen,  
bei 2 Stimmenthaltungen.

**zu 3.1.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 9: Start-Förderung für neues Tierheim in Potsdam bereitstellen**

**Vorlage: 17/SVV/0827**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Finken führt in den Tagesordnungspunkt ein und erläutert den Inhalt des

Antrages. Anschließend stellt er die Voten der beteiligten Fachausschüsse dar, die den Antrag allesamt abgelehnt haben.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, wird der Antrag anschließend zur Abstimmung gestellt:

**Beschlussvorschlag:**

Die Landeshauptstadt Potsdam stellt dem neuen Tierheim in Potsdam (neben den Spenden) ein „Startkapital“ im Rahmen einer einmaligen Förderung von mindestens 150.000 Euro zur Verfügung.

**Abstimmungsergebnis:**

|                  |          |
|------------------|----------|
| Zustimmung:      | <b>0</b> |
| Ablehnung:       | <b>6</b> |
| Stimmenthaltung: | <b>9</b> |

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

**zu 3.1.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 6: Mietpreisbremse und Maßnahmen für sozialverträgliches Wohnen finanzieren**

**Vorlage: 17/SVV/0824**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Finken führt in den Tagesordnungspunkt ein und stellt die Ausschussvoten dar. Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion hat den Antrag zur Kenntnis genommen, der Ausschuss für Finanzen hat den Antrag ungeändert beschlossen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, wird der Antrag im Anschluss zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam setzt sich für eine Deckelung des Mietpreises pro Quadratmeter Wohnfläche und für den Ausbau sozialverträglicher Wohnräume in Potsdam ein.

Folgende Instrumente sollen genutzt werden (unter anderem):

- Bei der ProPotsdam GmbH ist das Ziel, bezahlbaren Wohnraum anzubieten, stärker in den Vordergrund zu stellen.
- Kooperationen mit der Wohnungswirtschaft sind auszubauen.
- Fördermöglichkeiten des Landes und des Bundes sind zu nutzen.
- Die Stabilität der Mieten bei einem Wohnungstausch soll gesichert werden.
- Es sollen Anreize für Senioren geschaffen werden, „zu große“ Wohnungen gegen kleinere zu tauschen.

Die Umsetzung der Mietpreisbremse wird überprüft.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig **angenommen**.

## zu 3.2 Haushaltssatzung 2018/2019

### zu 3.2.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019

**Vorlage: 17/SVV/0951**

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, stellt im Rahmen einer Präsentation die Haushaltsplanung des Geschäftsbereichs 9 dar. Er geht dabei insbesondere auf die Schwerpunkte in den Bereichen Wirtschaftliche Entwicklung/Tourismus, Kommunikation/Öffentlichkeitsarbeit, Recht und Versicherung sowie Personal und Organisation ein.

Frau Krusemark, Leiterin des Fachbereichs Recht, Personal und Organisation, ergänzt und geht auf den Stellenrahmen und den Personalaufwand ein. Sie stellt dabei insbesondere die Entwicklung der absoluten Stellen, des Stellenquotienten, der Personalkosten und des Krankenstandes dar.

Herr Schüler fragt, welche Posten in den Personalkosten berücksichtigt werden. Er weist darauf hin, dass die Ausgaben für die innere Verwaltung schneller wachsen würden als die Bevölkerungszahl, während die Ausgaben für Umwelt- und Naturschutz gleich blieben. Weiter fragt er, ob auch Stellen abgebaut werden.

Frau Krusemark antwortet, dass die Anzahl der Stellen nicht reduziert werde, lediglich der Stellenquotient würde nach unten angepasst. Herr Lindt, Sachbearbeiter Personalplanung/Controlling, ergänzt, dass die Anzahl der Stellen sogar steigen würde. Die konkreten Ausführungen von Herrn Lindt werden dem Tagesordnungspunkt als Anlage beigefügt.

Herr Schultheiß sagt, dass der Krankenstand recht hoch sei. Er fragt, ob es Vergleichszahlen von anderen Kommunen gebe und welche Maßnahmen gegen den hohen Krankenstand ergriffen werden.

Frau Krusemark antwortet, dass Vergleichszahlen nachgeliefert werden können. Weiter sei geplant, eine Gefährdungsanalyse durchzuführen und einen Gefährdungsatlas für die Mitarbeitenden zu erstellen, der dann zu konkreten Maßnahmen führen soll. Auch der Ausbau des Gesundheitsmanagements soll zu Verbesserungen führen.

Herr Heinzel sagt, dass die fortschreitende Digitalisierung auch zu Arbeitsplatzabbau führen werde. Er fragt, ob dieser Gedanke in der Planung der Stellen berücksichtigt wurde. Frau Krusemark antwortet, dass diese Entwicklung im angepassten Stellenquotienten berücksichtigt werde.

Im Anschluss wird die Vorlage **zur Kenntnis genommen**.

### zu 3.2.2 Zukunftsprogramm 2022

**Vorlage: 17/SVV/0953**

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

Die Vorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

**zu 3.2.3 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018**  
**Vorlage: 17/SVV/0952**

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 4 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 4.1 Haushaltsbegleitender Beschluss H 11 zum Haushaltsplan 2017 -  
Anpassung des Budgets der WerkStadt für Beteiligung**  
**Vorlage: 18/SVV/0045**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 4.2 Umsetzung Open Data-Portal**

**Vorlage: 18/SVV/0047**

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

Herr Finken führt in den Tagesordnungspunkt ein und eröffnet die Fragerunde zur Mitteilungsvorlage.

Herr Heinzl sagt, dass ein zeitlicher Rahmen fehle und fragt nach einer zeitlichen Untersetzung des finanziellen Rahmens. Herr Exner antwortet, dass das Portal bereits online sei. Es gehe jetzt darum, dass Portal mit Inhalten zu füllen. Insgesamt habe das Portal 40.000 Euro gekostet.

Herr Dr. Andersen, Fachbereichsleiter Steuerung und Innovation, führt anschließend aus, dass die Einrichtung des Portals auf Grundlage eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung geschah. Er geht weiter auf den Prozess, den Aufbau und die Erstellung des Portals ein und stellt dar, welche Daten aktuell im Portal zu finden sind. Das Projekt sei damit abgeschlossen und gehe jetzt in den Regelbetrieb über.

Die Mitteilungsvorlage wird im Anschluss zur Kenntnis genommen.

**zu 4.3 Sozialer Wohnungsbau**

**Vorlage: 18/SVV/0081**

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Herr Finken führt in den Tagesordnungspunkt ein und gibt den Mitgliedern des Hauptausschusses die Möglichkeit Fragen zu stellen.

Frau Dr. Müller sagt, dass im Punkt 2 der Mitteilungsvorlage beschrieben wird, dass sich die Landeshauptstadt Potsdam für eine Ausweitung der Fördergebietskulissen einsetze. Sie fragt, was diesbezüglich von der Landeshauptstadt unternommen werde.

Herr Kümmel, Leiter des Büros des Oberbürgermeisters, antwortet, dass das Land Brandenburg diesbezüglich bereits „nachgelegt“ habe, so dass mittlerweile auch die Wohnungsgenossenschaften die zur Verfügung stehenden Mittel in

Anspruch nehmen würden. Auch im Bündnis für Wohnen sei man weiterhin im Gespräch dazu.

Die Mitteilungsvorlage wird anschließend **zur Kenntnis genommen**.

#### **zu 4.4 Untersuchungen Korruptionsverdacht**

Oberbürgermeister (mit Feststellung der TO ergänzt)

Herr Rubelt, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, berichtet mündlich, dass die Staatsanwaltschaft am 13.02. im Haus gewesen sei. Grundlage sei ein anonymer Hinweis gewesen. Die Landeshauptstadt Potsdam unterstütze die Arbeit der Staatsanwaltschaft mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Der betroffene Mitarbeiter sei vorsorglich erst einmal beurlaubt worden. Nähere Ausführungen könnten auf Grund des schwebenden Verfahrens noch nicht gemacht werden.

Es wird vereinbart, eventuelle Fragen zum Sachverhalt im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

Die Mitteilung wird **zur Kenntnis genommen**.

#### **zu 5 Sonstiges**

##### **Gemeinschaftsunterkunft Brauhausberg**

Herr Schubert, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung, gibt im Rahmen einer Präsentation eine Übersicht über die aktuellen Standorte der Gemeinschaftsunterkünfte in der Landeshauptstadt Potsdam. Weiter stellt er die Entwicklung der Belegungszahlen dar, die eine Anpassung der Kapazitätsplanung notwendig machen würden. Grundsätzlich sei eine Auslastung um 90 % notwendig, da es keine Fehlbedarfszahlungen durch das Land gebe. Anschließend stellt Herr Schubert die aktuellen Laufzeiten der bestehenden Verträge dar. Im Ergebnis soll die Gemeinschaftsunterkunft im Alten Landtag auf dem Brauhausberg Ende 2018 geschlossen werden. Träger und Eigentümer seien bereits informiert. Die Menschen, die aktuell noch in der Unterkunft leben, sollen möglichst in Wohnungen, teilweise aber auch in anderen Unterkünften untergebracht werden. In der AG Asyl soll über das weitere Vorgehen beraten werden. Zu den Leichtbauhallen führt Herr Schubert aus, dass diese teilweise veräußert, teilweise umgenutzt und teilweise auch eingelagert werden sollen. Die Abwägungen dazu seien am Laufen.

Herr Sändig fragt, wie lange die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den Unterkünften sei. Weiter möchte er wissen, ob es auch denkbar wäre andere Unterkünfte zu schließen, die weniger zentral liegen würden.

Herr Schubert antwortet, dass die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den Unterkünften bei 18,3 Monaten läge. Die Unterkunft am Brauhausberg könne maximal bis 2019 weiterbetrieben werden. Auch der Vertrag mit der Arbeiterwohlfahrt als Betreiberin der Gemeinschaftsunterkunft laufe Ende des Jahres aus. Des Weiteren sei der alte Landtag der teuerste Standort. Alles im allem sei die Schließung dieses Standortes sehr vernünftig.

Die Präsentation wird als Anhang zum Tagesordnungspunkt der Niederschrift

beigefügt.